

JULI 80

WAHL
LOKAL



AUF
GEHTs
zur

WAHL

8.—11.7.80

INHALT:

RECHENSCHAFTSBERICHT DES ASTA

KAMPF UM DIE WAHLEN

PROGRAMME DER POLITISCHEN GRUPPEN ZU DEN WAHLEN ZU

STUDENTENPARLAMENT UND KONVENT

LISTE DER KANDIDATEN ZUR WAHL DES STUDENTENPARLAMENTS

*124 Kandidaten sehen
zur Wahl
b.
w.*

Kandidatenlisten für die Wahl des Studentenparlamentes der THD

Listen-Nr.: 1 Listenname: Überraschung

Bewerber: Tilman Driessen FB 1 , Rainer Fritsche FB 1 , Michael Boos FB 1,
Stephan j. Bald FB 1 , Roland Pöhlmann FB 1

Listen-Nr.: 2 Listenname: JuSo -Unabhängige

Bewerber: Christina Rüdinger FB 5 ,Michael Siebel FB 10 , Herbert Spille FB 5,
Peter Schnellbacher FB 15,Uwe Arndt FB 20 , Richard-J. Tietz FB 18,
Wolfram Weber FB 16 , Matthias Kollatz FB 5 , Jochen Struwe FB 1 ,
Klaus Horst FB 2 ,Gabi Ferkinghoff FB 2 , Holger Gehbauer FB 4 ,
Stefab Köhler FB 2 , Barbara Schwark FB 4 , Wolfgang Baus FB 5 ,
Thomas Schleicher FB 4 .

Listen-Nr.: 3 Listenname: Kommunistischer Studentenbund (KSB)

Bewerber: Inge Herrmann FB 4 ,Jörg Schumacher FB 2 , Walter Keller FB 11 ,
Wolfram Fendler FB 1 .

Listen-Nr.: 4 Listenname: Unabhängige Darmstädter Studenten (UDS)

Bewerber: Rainer Happel FB 16 , Alexander Posern FB 14 , Peter Pielmeyer FB 1,
Stephan Knirps FB 16 , Detlef Porth FB 14 , C.-Uwe Michaelsen FB 1,
Gerrit Stoever FB 16 , Martin Hartenbach FB 16,Brkhart Müller FB 16,
Mathias Emsermann FB 19, Martin Leser FB 16,Tone Johansen FB 15,
Christian Hahn FB 1, Andreas Weber FB 11, Eberhart Seiffe FB 11,
Ingo Lemuck FB 19, Louis Balser FB 1, Winfried Schütz FB 16,
Heike Bönning FB 10, Bertram Schönfelder FB 16, Frank Siebert FB 19,
Stefan Eylert FB 1, Egon Daub FB 16, Kai Nicolai FB 14.

Listen-Nr.: 5 Listenname: RCDS

Bewerber: Rudolf Müller FB 1,Franz Urban FB 19,Markus Wandesleben FB 1,
Gerhard Funke FB 16,Wolfgang Olbrich FB 18,Jörg Asmus FB 6,
Ulrich Caspar FB 1,Burkhardt Hess FB 1,Helmut Knauthe FB 16,
Berthold Pold FB 19, Günther Gesser FB 16,Annerose Heer FB 1,
Lothar Kerschgenz FB 16, H.-H. Lichtenthäler FB 18,Helmut Hauck FB1,
Peter Dambier FB 20,Claus Kunzmann FB 1, Jürgen Heer FB 16,
Andreas Pschera FB 19, Berthold Braun FB 15,

Listen-Nr.: 6 Listenname: MSB-Spartakus

Bewerber: Klaus Simon FB 19,Andreas Wissmann FB 10,Brigitte Pötzl FB 1,
Marita Schmitt FB 20,Wolfgang Baumann FB 5,Brunhild Unrath FB 15,
Heike Huxhorn FB 8,Jochen Glas FB 15,Walter Zickler FB 14,
Brigitte Wilbert FB 15,Reiner Ziemis FB 15,Thomas Werner FB 11,
Klaus Sator FB 2,Annemarie Lang FB 9,Dieter Gäbler FB 1,
Rüdinger Ullrich FB 4 .

Listen-Nr.: 7 Listenname: Basisgruppen an der THD

Bewerber: Christian Flöter FB 9,Regina Montay FB 2,Uwe Fritsche FB 5,
Peter Kurt Gehrman FB 13,Ulrike Laux FB 7,Rolf Schulze FB 16,
Wolfgang Helm FB 13,Norbert Gentemann FB 4,Gerhard Häfner FB 4,
Thomas Bös FB 9,Axel Flörke FB 4,Lutz Ewald FB 2,Dieter Meisel FB 8,
Klaus Reimann FB 2,Gerd Aldinger FB 15,Karl Bech FB 17.

Listen-Nr.: 8 Listenname: SHI

Bewerber: Herbert Bayersdorf FB 15,Joanis Solomonidis FB 8,Rainer Burkhardt
FB 2,Karola Vogt FB 10,Christine Seiz FB 3,Manfred Müller FB 3,
Fotinos Livadas FB 18,Ursula Gußmann FB 3,Luise Klein FB 2,
Gabriele Lortz FB 2, Raimund Kissel FB 2,Reinhold Schneider FB 2,
Jutta Gier FB 2,Paul Dahmen FB 2,Werner Sieber FB 3,Wilfried
Grießmann FB 2,Erich Czichy FB 2.

Listen-Nr.: 9 Listenname: Ausländerausschuß

Bewerber: Nader Elsakka FB 2,Nodas Ligonis FB 7,Mustafa Özzen FB 19,
Georges Chalvatzoglou FB 13,Konstantinos Pitsinis FB 16,Zakaria
Shehab FB 19.

RECHENSCHAFTSBERICHT ASTA

Nachdem im letzten Sommersemester von der Studentenschaft autonome Wahlen durchgeführt wurden, existiert ein von uns anerkanntes Studentenparlament. Zu Beginn des Wintersemesters wurden die Referate Information und Soziales sowie die Bereiche Kultur und Ökologie/Wissenschaftskritik von eingestellten Referenten übernommen. Diese Regelung stellte eine Übergangsregelung dar. Die vom vorletzten StuPa gewählten Referenten fungierten als finanziell Verantwortliche, die Eingestellten leisteten, soweit das in dieser Besetzung möglich war, die inhaltliche Arbeit. Diese Konstellation sollte vorübergehenden Charakter haben. Dabei wurde davon ausgegangen, daß die gerichtliche Anerkennung unserer Wahlen in absehbarer Zeit zu erreichen wäre. Dies geschah nicht! Die Maschinerie der Gerichte nahm sich die Zeit, die wir nicht haben. So lief die Amtszeit der "Altreferenten" aus. Dadurch sah sich der Präsident veranlaßt, die bisher als "eingestellte Referenten" arbeitenden Kommilitonen einzusetzen. Dies war notwendig, um nicht diese Personen in einer möglicherweise sehr präkäre (finanzielle) Situation zu bringen. Außerdem legten einige eingestellte/gewählte Referenten ihre Arbeit vorzeitig nieder, wodurch der ASTa in die Situation einer starken personellen Unterbesetzung geriet. Momentan wird der ASTa von zwei Mitgliedern der Juso-Hochschulgruppe, (Fachschaftsreferat und Inforeferat), sowie den gewählten Ausländerreferent, gestellt. Diese Situation hat in letzter Zeit dazu geführt, daß die Arbeit im ASTa sich fast ausschließlich auf die Vorbereitung der Wahl konzentriert hat. Aber dazu soll im Weiteren genauer eingegangen werden. Der folgende Rechenschaftsbericht ist nicht nach der Referatsaufteilung gegliedert, sondern nach den Themenschwerpunkten, die im letzten Semester behandelt wurden.

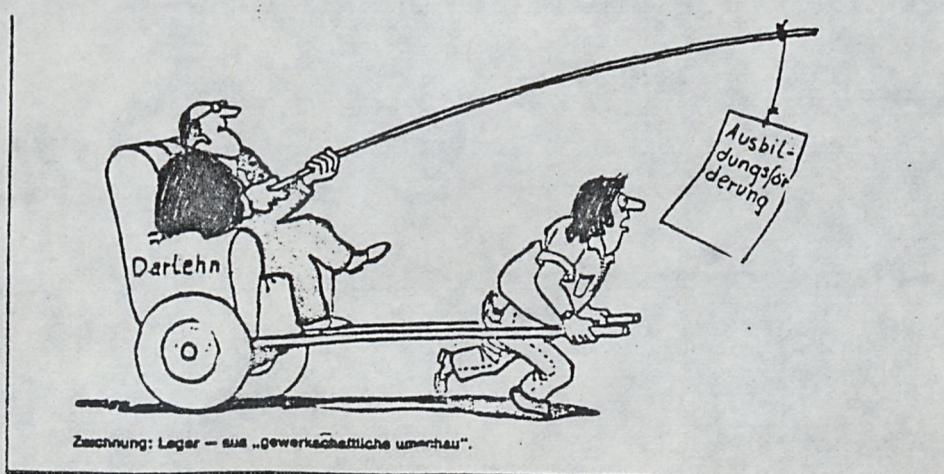
Studienreform

Ziel unserer Arbeit auf diesem Gebiet sollte es sein, von der bisherigen Strategie des **R e a g i e r e n s** zu einer positiv-zielgerichteten Arbeit des **A g i e r e n s** und artikulierens studentischer Vorstellung zu kommen. Erfolgreich ist dies, bei der Strukturierung und Durchführung der Orientierungseinheiten an den verschiedenen Fachbereichen geschehen.

Ansatzweise wurden verschiedene Einschätzungen zur Studienreform in der Erstellung einer Materialsammlung zusammengefaßt. Die Nachfrage aber auch die geäußerte Kritik hat uns Recht gegeben, daß diesbezüglich ein großes Informationsdefizit besteht. Trotzdem wurde die Diskussion um Studieninhalte und -formen dadurch auf ein höheres Niveau gehoben. An verschiedenen Fachbereichen wurden von den Fachschaften eigene Studienordnungen erarbeitet. Wir meinen, daß dies als ein Zeichen verstanden werden darf, daß studentische Vorstellungen zur Studienreform auch in den Fachbereichen umsetzbar sind. Ein weitere Schritt hin zu einer stärker inhaltlich orientierten Diskussion in der Studienreform stellt die Podiumsdiskussion zur Studienreform dar. Die Ergebnisse dieser Veranstaltung lagen zu Redaktionsschluß noch nicht vor.

Soziales

Hier konnten verschiedentlich Erfolge erreicht werden. Leider muß aber auch gesagt werden, daß einige Bereiche "liegendeblieben" sind. Als besonders erfreulich möchten wir die "Wiederbelebung" des Heimsprecherplenums, und die erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Kommilitonen in den Studentenwohnheimen bemerken. Gerade in letzter Zeit führte der AStA mit den Heimsprechern eine Unterschriftensammlung durch. Damit soll gegen die vom StuWe-Vorstand geplante Mietvertragsbegrenzung auf 4 Semester für Wohnheime protestiert werden. Bisher macht es den Anschein, als könne diese Aktion Erfolg versprechend. Dagegen muß bedauerlicherweise gesagt werden, daß die Probleme der allgemeinen Wohnungsnot in Darmstadt, und diese trifft insbesondere Studenten, nur sporadisch angegangen werden konnte. Für eine geplante Bevölkerungszeitung konnte bisher nur Vorgespräche mit Initiativen und Medienpsychologen geführt werden. Aber was noch nicht ist kann ja noch werden! Die Sozial- und Bafögberatung wurde und wird weitergeführt.



Fachschaften

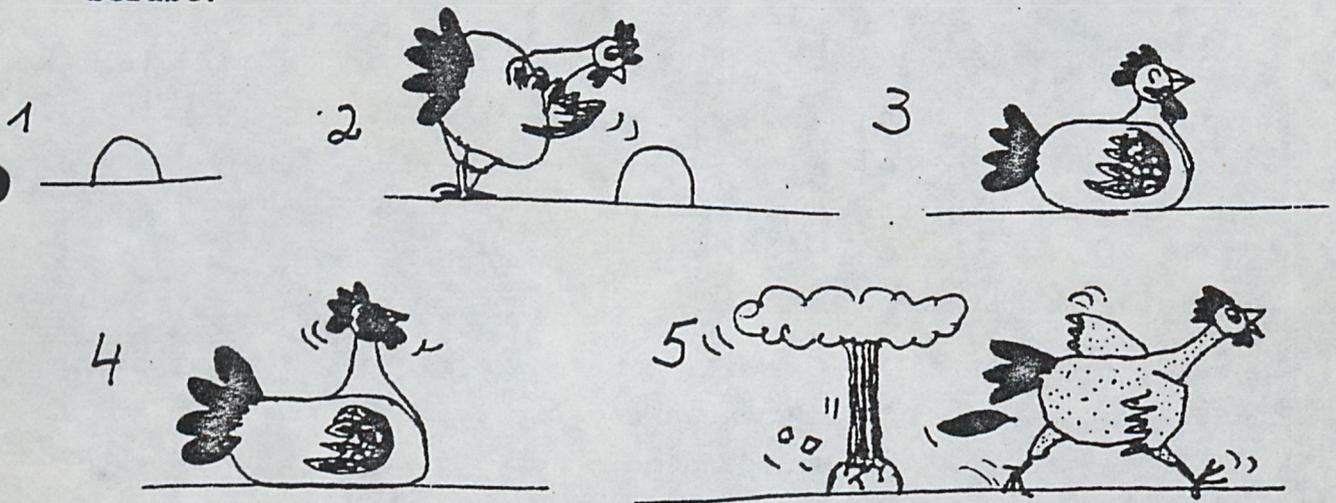
Schon im letzten Jahr konnte eine erneute teilweise sehr positive Zusammenarbeit der meisten Fachschaften über das Fachschaftenplenun erreicht werden. Als Beispiel sei nur die "gemeinsame Plattform für Orientierungseinheiten" aufgeführt. Diese soll über die Forderung der Rahmenstudienordnung hinaus das inhaltliche Konzept der Orientierungseinheiten bestimmen. Vorgesehen ist, daß die Plattform im zentralen Lehr- und Studienausschuß behandelt werden soll. -

Als zweifelsfrei positiv ist auch die Einflußnahme der Fachschaften auf die AStA-Arbeit zu sehen. Verschiedentlich sind beispielsweise Anträge von Fachschaften im Fachschaftenplenun behandelt worden und dann auch im StuPa beschlossen worden.

Wir meinen, daß auch die Tatsache, daß für alle (!) Fachschaftsräte und Fachbereichsräte Listenvorschläge eingegangen sind, so zu bewerten ist, daß alle Fachschaften genau wissen, welche Notwendigkeit eine funktionsfähige und anerkannte Fachschaftsvertretung hat.

Ökologie

Hinter diesem Begriff verbirgt sich eigentlich mehr als die bloße Wissenschaft der Ökologie, die sich mit der Beziehung der unbelebten zur belebten Natur sowie der Beziehung der Organismen untereinander, befaßt. -



In diesem Semester war erstmals im AStA ein Ökoreferat besetzt. Die in der Programmbeschreibung aufgeführten Punkte wurden auch im großen und ganzen geleistet. Hier soll nur auf einige Bereiche eingegangen werden. Um überhaupt erstmal einen neuen Bereich im AStA vertreten zu können, wurde eine umfangreiche Bibliothek und Material-

sammlung eingerichtet, die allen Studenten zur Verfügung steht. Weiterhin mußte erste Informationsarbeit in Form von Flugblättern und einer Wub geleistet werden. Sehr erfolgreich (zumindest was die Beteiligung betrifft) waren zwei Veranstaltungen mit dem Öko-Institut Freiburg und dem Interdisziplinären Projektbereich für angewandte Technologie (Ipat). Diese Veranstaltungen sollten Forschungsgruppen vorstellen, die über die an den Hochschulen übliche Arbeit hinausgehend, die sich aber auch von den dort bestehenden Abhängigkeitsverhältnissen (z.B. der Industrie) lösen.

Eine überregionale Zusammenarbeit in Hessen wurde durch die Einrichtung des hessischen Öko-Plenums erreicht, das auch versuchte, Kontakte zum VDS-Projektbereich Ökologie zu knüpfen.

Kultur

Auch ein neues Gebiet im AstA war in diesem Semester der Kulturbereich. Hier konnten allerdings nicht die Erfolge erreicht werden, die angestrebt wurden. Zwar sind mehr als 10 Veranstaltungen durchgeführt worden, die jedoch teilweise nur auf geringe Resonanz stießen. Dies führte zu einem nicht unerheblichen Defizit dieses Bereichs.

Es muß allerdings auch gesagt werden, daß einige Veranstaltungen sehr gut besucht waren. (Schneewittchen / Roski / Cochise)

Die schlechte Beteidigung einiger Veranstaltungen ist aber sicher auch auf eine ungünstige Terminplanung zurückzuführen.

Erfolg muß dagegen die Arbeit des neuen Schloßkellerteams betrachtet werden. Das Konzept sowie die Selbstverwaltungsstruktur hat sich bewährt. Schon die Bilanz eines Vierteljahres zeigt, daß dieser Studententreff sich zunehmender Beliebtheit erfreut.

Allgemeine Politik

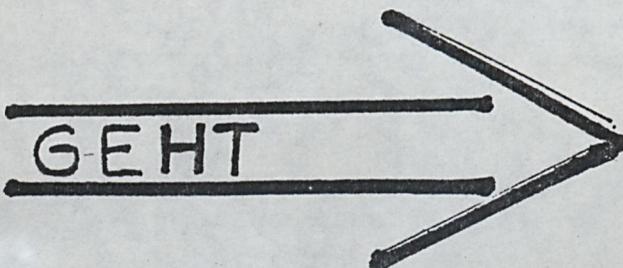
Im Wesentlichen sind hier zwei Themen anzusprechen, die auf nicht unwesentliche Resonanz gestoßen sind. Die erste 3. Welt-Wub stellte ein Forum verschiedener Gruppen und ihrer politischen Auffassung dar. Darüberhinaus wurde eine Podiumsdiskussion (+ Materialien) zu Afghanistan veranstaltet. Die Veranstaltung hat gezeigt, daß die so oft gewollte und von uns nicht akzeptierte Trennung von hochschulpolitischen und allgemeinpolitischen Gesichtspunkten nicht denkbar ist. Studententpolitik ist politisch und muß es auch bleiben.

Informationspolitik

Der AStA versuchte im letzten Semester alle Studenten der TH auch auf dem aktuellen Informationsstand zu halten. Dies geschah in Form von WUB's sowie zahlreichen Infos und drei Materialien. (Afganistan, vds - Mitgliederversammlung, Studienreform) Darüber hinaus veranstalteten wir ein Teach in zum Thema Wahlen. Die Fachschaften wurden regelmäßig über Rundbriefe informiert.

Ich möchte mit dem Hinweis schließen, daß trotz der zu Beginn geschilderten Schwierigkeiten Einiges erreicht wurde. Bei ausreichender personeller Besetzung sollte diese Arbeit weitergeführt und ausgebaut werden.



GEHT  WÄHLEN

kampf um die WAHLEN

Vom 8.-11.-Juli 1980 gibt es an der TH also Wahlen, die vom Präsidenten als Abstimmung bezeichnet werden.

Was geht dieser scheinbare Begriffsverwirrung voraus?

Boycott der Regelbriefwahl im SS 1979

Im SS 79 boykottiert die Studentenschaft der THD die vom Kultusminister zwangserlassene Regelbriefwahl und führt entsprechend ihrer alten Wahlordnung eine Urnenwahl durch für die Wahlen zum Studentenparlament und zu den Fachschaftsräten¹⁾. Diese Urnenwahl wurde trotz der Drohungen des Kultusministers eigenständig organisiert und durchgeführt. Dabei war die Wahlbeteiligung höher als im vorangegangenen Jahr, wodurch der breite studentische Widerstand gegen Intention und Methode der zwangserlassenen Regelbriefwahl dokumentiert wurde.

Der Widerstand der Studenten gegen die aufgezwungene Briefwahl hatte mehrere Gründe:

- Eingriff des Kultusministers in die von den Studenten geforderte Satzungsautonomie. Die zwangserlassene Brief-

wahl wurde als weitere Maßnahme gesehen, die Studentenschaft zu disziplinieren und deren Rechte zu beschneiden.

- Briefwahl als Regelwahl wird als Entpolitisieren der Studentenschaftswahlen abgelehnt, die nicht mehr Ausdruck des Diskussionsprozesses zur Durchsetzung studentischer Forderungen sein sollten.
- Die Regelung, allen Wahlberechtigten Briefwahlunterlagen zuzuschicken und damit die Urnenwahl zur Ausnahmewahl umzufunktionieren, wurde als Verstoß gegen den Grundsatz von geheimer, freier und gleicher Wahl betrachtet.
- Schließlich sah man die Gefahr der Wahlmanipulation, die durch studentische Wohnbedingungen - vor allem in den Wohnheimen - durch Entwendung und Mißbrauch der Briefwahlunterlagen gegeben war.

Wahlen im SS 79 nicht anerkannt

Die von der Studentenschaft selbst organisierten Urnenwahlen zum Stupa und zu den Fachschaftsräten wurden weder vom Präsidenten noch vom Kultusministerium anerkannt, um die gewählten Fachschaftsräte und die Mitglieder des Studentenparlaments in eine rechtliche Unsicherheit abzudrängen und ihre Handlungs-

¹⁾ Für die Wahlen zu den Interessenvertretungsorganen der Studentenschaft - Fachschaftsräte und Studentenparlament - und zu den studentischen Vertretern in den Selbstverwaltungsgremien der Hochschule - Fachbereichsräte und Konvent - gibt es je eine Wahlordnung. Die Wahlordnung zu den studentischen Interessenvertretungsorganen gibt sich das Studentenparlament; diese Wahlordnung muß aber vom Kultusminister genehmigt werden, weil die Studentenschaft nicht unabhängig ist vom Staat (diese Unabhängigkeit gilt es, zu erkämpfen) sondern von diesem kontrolliert wird.

Die Wahlordnung zu den Kollegialorganen erarbeitet der Konvent; auch diese Wahlordnung muß vom KuMi genehmigt werden.

freiheit einzuschränken. Der RCDS betrachtet wie der KuMi das gewählte Studentenparlament als nicht existent und beteiligte sich nicht an den Sitzungen.

Aber auch die Wahlen zu den Kollegialorganen im SS 79, die auf Grundlage des Zwangserlasses durchgeführt wurden, wurden aufgrund einer studentischen Normenkontrollklage für ungültig erklärt, die kultusministerielle Wahlordnung damit außer Kraft gesetzt.

Daraufhin beantragte der ASTA im Februar 1980 eine Sitzung des Konvents, um die Wahlordnung für die Kollegialorgane diesem Urteil anzupassen. Doch der Konventsvorstand verhindert bis jetzt das Zustandekommen einer Sitzung, so daß keine gültige Wahlordnung für die Kollegialorgane besteht.



Obwohl die Amtszeit der studentischen Vertreter in den Gremien nur ein Jahr dauert und zum Schluß des SS 80 ausläuft, sah Präsident Böhme noch zu Beginn des SS "keine Grundlage für Wahlen". Die Studentenschaft hätte also in den Gremien, in denen Studien- und Prüfungsordnungen entschieden werden, keine Vertreter gehabt.

Studentenparlament beschließt neue Wahlordnung

Auf der Basis des breiten studentischen Votums bei der Urnenwahl haben Fachschaftsräte und Studentenparlament gleich nach ihrer Wahl die Arbeit aufgenommen. Dazu gehört auch die Verabschiedung einer neuen Wahlordnung für die studentischen Interessenvertretungsorgane, um die Neuwahlen im SS 80 zu gewährleisten.

Diese Wahlordnung der Studenten liegt im Rahmen der bestehenden Rechtslage und enthält zum einen die Urnenwahl als Regelwahl, zum anderen wird die Möglichkeit der Briefwahl insofern Genüge geleistet, als mit der Wahlbenachrichtigung ein Anforderungsformular für die Briefwahlunterlagen mitverschickt wird.

Doch der Kultusminister hat bis jetzt unsere neue Wahlordnung nicht genehmigt. Ohne Genehmigung gibt es aber - formaljuristisch - keine rechtsgültige Wahlordnung.

Trotzdem bildet unsere Wahlordnung die Grundlage für die anstehenden Wahlen, nach ihrem Modus wird verfahren. Aufgrund der fehlenden kulturministeriellen Genehmigung erklärt die Hochschulspitze unsere Wahlen jedoch zu einer "Abstimmung", der Präsident verkündete, er werde die "abgestimmten" Vertreter in ihre Ämter einsetzen.

GEHT ALLE WÄHLEN!

Die Studentenschaft braucht funktionsfähige Organe zur Durchsetzung ihrer Interessen- unsere Vertreter müssen von uns gewählt werden, egal, wie die Hochschulspitze diesen Vorgang bezeichnet. Allein durch unsere Wahl können wir unsere Organe legitimieren, für uns zu sprechen, und verhindern, daß sie vom Wohlwollen des Kultusministers abhängen. Fachschaftsrate sind studentische Organe, und nur Studenten verantwortlich. Deshalb werden wir sie wählen!

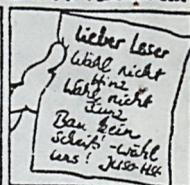


Vom Dienstag, 8.7., bis zum Freitag, 11.7. (1980!) könnt ihr alle wählen, und zwar
 euer Studentenparlament
 euren Fachschaftsrat
 eure Vertreter im Fachbereichsrat
 eure Vertreter im Konvent

Die Wahllokale am Audi-Max und auf der Lichtwiese sind von Dienstag - Donnerstag vom 9 - 16 Uhr geöffnet
 am Freitag von 9 - 14 Uhr
 Bringt zur Wahl bitte einen amtlichen Lichtbildausweis mit!

JUSO

RUCH IN ENTENHAUSEN...



LISTE 2

HOCHSCHULGRUPPE

Zu dieser Wahl

Obwohl die JuSo-Hochschulgruppe sich in diesem Semester mit aller Kraft dafür eingesetzt hat, daß die Studenten an der TH auf Grundlage ihrer Wahlordnung ihre Interessenvertretungen Studentenparlament und Fachschaftsräte wählen können, verschleppte das Kultusministerium die Genehmigung der Wahlordnung.

Hintergrund dieser kultusministeriellen Verweigerungsstrategie sind die seit einigen Monaten laufenden Veränderungen der Studien- und Prüfungsordnungen und die zunehmend miserable soziale Situation: um den studentischen Widerstand gegen die Verschärfungen der Studien- und Lebensbedingungen auf Eis zu legen, sollen die studentischen Organe ins illegale gedrängt werden.

Die demokratische Legitimation der Wahlen in diesem Semester soll dadurch verhindert werden, daß der TH-Präsident auf höhere Anweisung unsere Wahlen zum "Meinungsbild" degradiert.

Für uns steht fest: Die Studentenschaft wählt vom 8.-11.-Juli ihre Vertretungen. Diese sind allein den Studenten rechenschaftspflichtig.

Durch eine große Wahlbeteiligung können wir zeigen, daß die studentischen Interessenvertretungsorgane tatsächlich von den Studenten getragen und verteidigt werden.

Schon in den letzten Semestern hat sich gezeigt, daß die Studenten der TH die Einschränkung der Rechte der Studentenschaft nicht hinnehmen werden. Mit Demonstrationen, Streiks und Diskussionen haben die Darmstädter Studenten erreicht, daß es in Darmstadt keinen Vermögensbeirat gibt, der die Verwendung studentischer Gelder der kultusministeriellen Kontrolle unterwerfen soll, und an der TH wurde kein Ordnungsausschuß zur Disziplinierung und Gängelung der Studenten eingerichtet. -Die Initiativen zu diesem Widerstand gegen die "Verstaatlichung" der Studentenschaft wurde zum großen Teil von uns, der JuSo-HSG, eingebracht und in Vollversammlungen, im Studentenparlament und im ASTa gegen andere Gruppierungen durchgesetzt. Auf unseren Einsatz ist es auch mit zurückzuführen, daß an der TH keine Regelstudienzeiten und Zwangsexmatrikulationen in den Prüfungsordnungen enthalten sind. Womit bewiesen wäre, daß wählen allein nicht ausreicht, um Angriffe des Staates und der Industrie auf unser Studium abzuwehren und unsere Studienbedingungen so zu gestalten, daß es auch unser Studium ist.

Aufgaben und Ziele

In dieser Situation, in der die studentischen Organe der Kontrolle der Studentenschaft entzogen werden sollen, um leichter die Sparpolitik und die Studienverschärfungen durchzusetzen, wollen wir die Organe der Verfaßten Studentenschaft als ein politisches Instrument einsetzen, daß vor allem nachstehende Ziele verfolgt:

- In AstA und Fachschaften Widerstand gegen Verschärfungen bei Prüfungen, Scheinen, Studienordnungen und allgemeinen Studienbedingungen zu initiieren, zu artikulieren und zu unterstützen. Ein aktuelles Beispiel dafür ist der geplante Abbau des Gewerbelehrer-Aufbaustudiums: von 880 Gewerbelehrer (GWL)-Studenten an der TH sind 50% Aufbaustudenten, dh, sie haben ihr Hauptfach mit Hilfe eines FH-Studiums absolviert. Jetzt sollen Teile dieses FH-Studiums nicht mehr anerkannt werden - mit der Konsequenz der erheblichen Verlängerung des Studiums. Der politische Nutzeffekt ist dabei die Reduzierung der Lehramtsanwärter.



- Am stärksten werden die Studienanfänger von der Spar- und Verschärfungspolitik betroffen. Der Erstsemesterberatung messen wir deshalb besondere Bedeutung zu. In für die Erstsemester von Studenten selbst organisierten Orientierungstagen soll der Grundstein dafür gelegt werden, daß der Student bestehende Strukturen an der Hochschule hinterfragt und lernt, seine eigenen Interessen zu erkennen und versucht, sein

Studium selber zu gestalten. Die Studenten sollen sich als Subjekte ihres Studiums begreifen und sich nicht mit einer Konsumentenhaltung zufriedengeben. Unser Studium soll uns befähigen, Wissenschaft verantwortlich anzuwenden im Interesse der arbeitenden Bevölkerung. Deshalb werden wir in den Orientierungseinheiten auf die Funktion der Hochschule für gesellschaftliche Interessengruppen eingehen, auf Ziele und Berufsperspektive von Studiengängen, auf die Verwendung der Wissenschaft in der Gesellschaft. Wir werden Erstsemestergruppen unterstützen und andere Arbeitsgruppen, weil wir nichts von dem Prinzip halten, daß wenige Funktionäre für die Allgemeinheit sprechen - Studenten müssen ihre Interessen selbst zu vertreten!

In den Fachschaften müssen die Orientierungseinheiten durchgesetzt werden; bei bürokratisch-politischen Schwierigkeiten soll der AstA die Orientierungseinheiten materiell unterstützen.



Auf zu neuen Aktionen

- Es gibt Punkte, die besonders deutlich machen, wie eingebunden die Hochschule in die Interessen des Kapitals ist: wenn die Westdeutsche Rektorenkonferenz Vorschläge zur Universitätsreform macht, die eine Reduzierung der Studentenzahlen auf 5% eines Altersjahrgangs bringen soll, dann ist dies ein Angriff auf die Ausbildungsansprüche hauptsächlich von Arbeitern. Dieser Angriff kann nicht an der Uni allein zurückgeschla-

StuPa - Programm

des Kommunistischen Studentenbundes (KSB)

Liste 3

In diesem Jahr hat es in der Vorbereitung der StuPa-Wahlen zum erstenmal Bestrebungen gegeben, eine Fachschaftenliste aufzustellen. Sowohl von den Basisgruppen als auch vom KSB wurde versucht, Fachschaftsgruppen dafür zu gewinnen, eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten, um darüber zu gewährleisten, daß tatsächlich diejenigen in den Vertretungsorganen sind, die auch die Fachschaftsarbeit und unterstützen. Und darüber natürlich auch die Forderungen im StuPa und AStA erhoben werden, die von den Studenten an den Fachbereichen erhoben werden. Dieses Mal ist eine solche Liste leider noch nicht zustande gekommen, aber trotzdem zeigen die Plattformen der kandidierenden Organisationen daß es in einigen wesentlichen Fragen Einheit gibt. Wir drucken im folgenden den Vorschlag ab, den wir für die Diskussion um eine Fachschaftenliste vorgelegt hatten.

I. Materielle Studienbedingungen

1. Wir treten ein für die Durchsetzung der Forderung: 750 DM BAFÖG-Höchstsatz, 1.520 DM Elternfreibetrag! Streichung der Darlehensregelung! noch in diesem Jahr, wie von der 6. VDS-MV beschlossen.

Im einzelnen stellen wir uns folgendes Vorgehen vor:

Im Oktober will die Bundesregierung die Elternfreibeträge um lächerlich 3% anheben. Für diesen Tag bereiten wir einen Aktionstag gegen die ständigen BAFÖG-Senkungen und für die obigen Forderungen vor. Der Aktionstag soll über das Fachschaftenplenium vorbereitet werden.

- Wir werden uns dafür einsetzen, daß über die studentischen Vertreter im Förderungsausschuß jede Anwendung des Formblatts 9a bekannt wird und dagegen vorgegangen wird.

- In den Wubs soll regelmäßig über Schikanen durch das BAFÖG-Gesetz berichtet werden.

- Wir setzen uns ein für eine Aufstockung des zinslosen Darlehens, das das Darmstädter Studentenwerk den Studenten gewährt, die nicht mehr nach BAFÖG gefördert werden, und zwar eine Erhöhung des Fonds von

derzeit DM 6.000 auf DM 7.000. Auch das Kurzdarlehen in Höhe von DM 200 für 10 Wochen ist viel zu niedrig, wir werden uns für eine Erhöhung auf DM 1.000 einsetzen.

2. Wir treten ein für die Abschaffung der Prüfungsgebühren und die vollständige Lehr- und Lernmittelfreiheit.

Zusammen mit der Landesastenkonzferenz (LAK) sind wir der Auffassung, daß die Prüfungsgebühren vollständig abgeschafft werden müssen. Dafür soll sich der AStA auf der nächsten LAK für landeseinheitliche Schritte einsetzen. Die Studentenwerksbeiträge, in Hessen sind diese Beiträge überhaupt die höchsten in der BRD, sollen von der hessischen Landesregierung bezahlt werden. Bzgl. der Lehr- und Lernmittelfreiheit unterstützen wir vor allem die Forderungen der Fachschaften nach besserer Ausstattung der Bibliotheken, Herausgabe von kostenlosen Skripten bzw. Seminarpapieren, Bezahlung der Exkursionskosten und keine Bezahlung von Chemikaliengeldern.

3. Gegen die Wohnungsnot schlagen wir folgendes Vorgehen vor:

- wir unterstützen den Wohnheimrat in seinen Kämpfen gegen die Aufspaltung der Wohn-

heimmieten in Grund- und Kostenmiete, gegen die zeitliche Beschränkung der Mietverträge wie gegen die Renovierungsabsichten des Kultusministeriums. Wir treten ein für die Selbstverwaltung der Studentenwerke.

- Wir fordern vom Studentenwerk den Bau von mindestens 1.000 weiteren Wohnheimplätzen!

- Zu Semesterbeginn wird es erneut so aussehen, daß 1.000 von Erstsemestern keine Wohnungen finden. Dazu soll sich der AstA vorbereiten, indem er erstens eine Broschüre zu der Wohnungsnot herausgibt, zweitens Verhandlungen mit Schwarz führt wegen Bau von weiteren Wohnheimplätzen und Anmietung von Wohnungen in Darmstadt, 3. zusammen mit anderen hessischen Asten eine Delegation Verhandlungen mit dem Kultusminister führt zwecks Zur-Verfügung-Stellung von Geld. Zu Semesterbeginn soll Schwarz öffentlich vor den Erstsemestern und allen anderen Studenten Stellung zu den Wohnproblemen nehmen.

4. Ausbildungs- und Tarifvertrag für die Praktika.

In den meisten Studiengängen sind Praktika vorgesehen. Für die Praktika ist weder geregelt, was man dort lernen soll noch wie man dafür bezahlt wird. Von daher stellen sich folgende Aufgaben:

- wir unterstützen die Bestrebungen von Fachtagungen und Fachschaften, mit den Gewerkschaften für entsprechende Ausbildungsverträge in Verbindung zu treten. Der AstA soll im WS eine Podiumsdiskussion durchführen, auf der Vertreter der Gewerkschaften, von Industrie und Professoren zu der Forderung nach Ausbildungs- und Tarifvertrag während der Praktika Stellung nehmen sollen.

- der AstA soll in Zusammenarbeit mit der GEW für das WS eine Veranstaltung oder ein Seminar zur Ausbildungssituation der Lehramtsreferendare anstreben. Auf dieser Veran-

staltung soll auch die Forderung nach: keine Abschaffung des Ingenieurerrlasses bekräftigt werden.

II. Gesetzliche Anerkennung der Verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit im HRG!

- Wir setzen uns weiterhin dafür ein, daß nach Durchführung dieser Wahlen, die erst einmal halbherzig von der Hochschulleitung über die Versprechung der kommissarischen Einsetzung der gewählten Vertreter anerkannt wird, die Studenten der TH ihre Vertretungsorgane nach der vom StuPa beschlossenen Satzung wählen können.

- Der AstA soll weiterhin Veranstaltungen durchführen, die zu politischen Fragen Stellung nehmen und solche Fragen auch in der WUB behandeln, wie das mit der Podiumsdiskussion zu Afghanistan, der Veranstaltung zum Quatarra-Projekt oder der Veranstaltung zur Kernenergie geschehen ist.

- Wir rufen auf, die Studenten in Bayern und Baden Württemberg politisch und materiell zu unterstützen, die bereits keine gesetzlich anerkannten Vertretungsorgane mehr haben.

- Der AstA soll regelmäßig über den Fortgang der Germanistenprozesse in Heidelberg informieren, in Briefen an die Große Strafkammer in Heidelberg soll die Einstellung dieser Prozesse und die Rücknahme der Urteile verlangt werden.

- Der AstA soll in der LAK daraufhin wirken, daß regelmäßig über die Angriffe auf die Vertretungsorgane in Hessen berichtet wird.

III. Bzgl. der Verschärfung der Prüfungen erheben wir grundsätzlich die Forderung nach Abschaffung der Abschlußprüfung und Anerkennung des Grundstudiums als Lehrabschluß.

Im einzelnen unterstützen wir folgende Positionen der VDS:

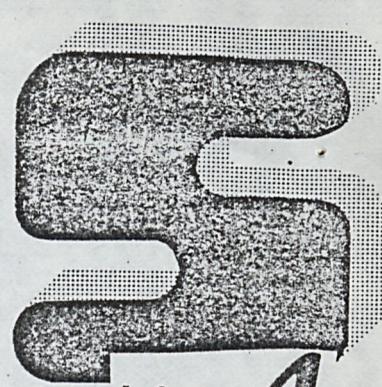
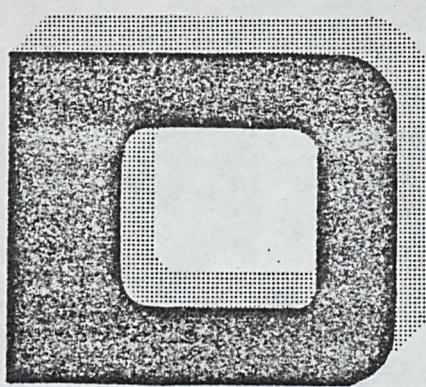
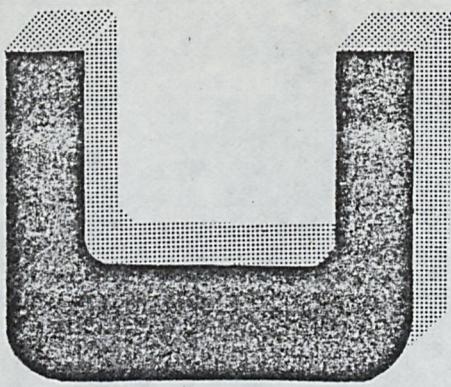
- "Prüfungen müssen grundsätzlich öffentlich sein. Jeder Prüfling hat Einspruchsrecht bei Prüfungsentscheidungen. Die Beurteilung der Prüfungen muß offen gelegt werden." Bei einer Prüfung oder einer Klausur muß so zensiert werden, daß nicht mehr als 1/4 der Teilnehmer durchfällt.
- "Die beliebige Wiederholbarkeit von Prüfungen ist zu sichern."
- "Die freie Wahl der Prüfers muß gewährleistet sein. Jeder Prüfling muß sein Prüfungsthema im Rahmen seiner inhaltlichen Schwerpunktsetzung im Studium frei wählen können."
- "Der beratende Charakter von Zwischenprüfungen muß in Form von studienbegleitenden Prüfungen durchgesetzt werden."
- "Bei punktuellen Prüfungen muß jeder Prüfling die Form von Prüfungen selbst wählen können."

IV. Internationalismus

Wir setzen uns für folgende Prinzipien der UNO-Charta ein: "Entwicklung von freund-

schaftlichen, auf der Achtung vor dem Grundsatz der Gleichberechtigung, Souveränität und Selbstbestimmung der Völker und Staaten beruhende Beziehung zwischen den Nationen, Achtung der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit der Staaten und Wahrung des Weltfriedens." Unterstützung des Kampfs der Völker für Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt, gegen Hegemonismus, Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Apartheid.

Wir bemühen uns um möglichst breite Information über alle Länder, in denen die Verwirklichung dieser prinzipiellen Freiheitsrechte nicht erfüllt sind. Dabei konzentrieren wir uns auf die Geschehnisse im Nahen und Mittleren Osten wie in Südostasien. Wir fordern den sofortigen und bedingungslosen Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea unter Aufsicht der UNO. Wir wenden uns gegen jede Wapachrüstung in der BRD. Wir wenden uns gegen alle Zwangsmaßnahmen gegen den Iran.



Liste 4

UNABHÄNGIGE

DARMSTÄDTER

STUDENTEN

Leitsätze zur Wahl des Studentenparlamentes 1980/81

Wir, die UDS, sind ein von parteipolitischer Einflußnahme freier Zusammenschluß von Studenten der meisten Fachbereiche an der TH Darmstadt. Die Sorgen und Probleme von uns Studenten, können nicht durch die Fortsetzung der Querelen der großen Parteien, auch in der Hochschulpolitik, gelöst werden. Wir "Unabhängigen Darmstädter Studenten" arbeiten daher über die Parteigrenzen hinweg zusammen, um die Interessen der Studenten wirksam vertreten zu können. Wir verstehen Hochschulpolitik als Durchsetzung der Interessen von Studenten für Studenten.

- Wahlen an der TH Darmstadt

Durch das Urteil im Normenkontrollverfahren ist wieder die Möglichkeit gegeben, die Urnenwahl als Regelwahl gesetzlich zu verankern. Es muß nun endlich eine neue Wahlordnung verabschiedet werden, denn selbstbewußte Hochschulpolitik ist nur auf der Basis von Wahlen möglich, die von allen Gruppen akzeptiert und anerkannt werden.

- Konstruktive Arbeit im Studentenparlament

Die UDS hat im vergangenen Jahr Beschlüsse zur BaföG-Situation, den allgemeinen Studienbedingungen, zu Satzungs- und Finanzfragen selbst initiiert oder mitgetragen. Unsere Anregungen zur Durchführung des Hochschulfreien Nachmittages, Vollversammlungen und der AstA-Arbeit wurden leider nur in Einzelfällen berücksichtigt. Oft war die Arbeit des StuPa durch den Streit der beiden AstA-Parteien gelähmt. Mißtrauensanträge, Abwahlen und persönliche Anfeindungen waren an der Tagesordnung.

Wir fordern das neue Studentenparlament des halb auf: -Nur wirklich studentische Themen im StuPa behandeln !-

Der große Wohnungsmangel, die finanzielle Situation vieler Studenten und die immer schlechter werdenden Studienbedingungen

für den einzelnen Studenten sind Probleme, die mit aller Kraft von den Fraktionen im StuPa gemeinsam gelöst werden müssen.

- Soziale Lage der Studenten verbessern

Eine Absicherung der sozialen Situation der Studenten ist Voraussetzung für ein effektives Studium. Deshalb müssen endlich die Bafög-Sätze den Teuerungsraten jährlich angepaßt werden. Der Elternfreibetrag muß auf ein realistisches Maß angehoben werden. Die Volkswirtschaft profitiert von Akademikern, also muß sie auch für ihre Ausbildung einen angemessenen Beitrag leisten. Dieses übergeordnete Problem darf uns jedoch nicht die Augen für die Verbesserung von Einzelproblemen verschließen.

Die UDS fordert deshalb für die THD:

- Errichtung einer Bafög-Nebenstelle im Alt-Bereich zur Verbesserung des Beratungs-Service.
- Sofortige Aufhebung des Schließungsbeschlusses für den Schreibwarenladen des Studentenwerks.
- Erhöhung der Wohnungsplätze in den Studentenwohnheimen.
Ausweitung des preisgünstigen Wohnungsangebotes in Zusammenarbeit mit der Stadt Darmstadt.
- Schaffung besserer Studienarbeitsräume in der Hochschule; bessere Ausstattung der Hochschul-Bibliothek.

- Studienreform

Die Regelstudienzeit ist aus dem HRG gestrichen worden. Nun sollen die Studenten über die Meldefristen gezwungen werden, ihr Studium innerhalb einer begrenzten Zeit zu absolvieren. Die gleichen Argumente, die zur Abschaffung der Regelstudienzeit führten, müssen auch für die Meldefristen gelten !

Wir fordern deshalb, auch die Meldefristen aus dem HRG zu streichen. Die Möglichkeit für ein qualifiziertes Langzeit-Studium (mit der Möglichkeit der fachübergreifenden Ausbildung und dem nötigen Teil von Freizeit) muß gewahrt bleiben.

- Kooperation statt Konfrontation

Unsere Aufgabe besteht in der sinnvollen und objektiven Vertretung studentischer Interessen. Durch gezieltes Miteinander, nicht durch chaotisches Gegeneinander, kann das beste für uns Darmstädter Studenten erreicht werden.

RCDS BLACKBOARD

Liste 5

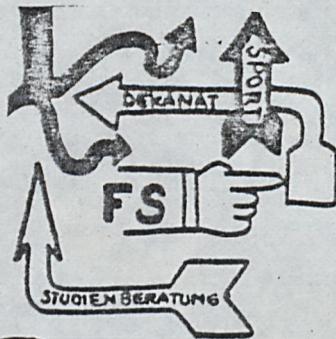
Tutorien

Wir fordern, mehr Mittel für Tutorien und Erstsemesterkolloquien bereitzustellen. In der Anonymität der Massenuniversität sind gerade Kleingruppen und Tutorien wichtig. Ihre wichtige soziale Aufgabe ist die Erleichterung der Kontaktaufnahme zwischen Studenten. Die Erfahrung zeigt, daß sich viele Studienfreundschaften und Arbeitsgruppen aus einer Tutoriumsbegegnung entwickeln haben. Aber auch die pädagogische Aufgabe der Tutorien ist wichtig. Sie sind die einzige Veranstaltung, in der der Einzelne offene Fragen ansprechen und in der über inhaltliche Fragen diskutiert werden kann. Hier findet noch Kommunikation zwischen Lernenden und Lehrenden statt. Wer die ohnehin schlechte Situation der Tutorien nicht verbessert, sondern angesichts steigender Studentenzahlen finanziell austrocknet, streicht damit eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die Verkürzung der Studienzeiten.

Wahllos

Wir vom RCDS bedauern es sehr, daß es den Verantwortlichen in Darmstadt gelungen ist, als einzige hessische Universität keine gültige Wahlordnung zu haben. Alle anderen UNIs haben es geschafft, innerhalb der für Darmstädter Verhältnisse wahnsinnig kurzen Zeit seit Januar eine neue Wahlordnung zu erarbeiten und genehmigen zu lassen.

Jetzt haben wir eine "Abstimmung". Eine richtige Wahl würde der RCDS bevorzugen, aber es gibt derzeit offensichtlich keine andere Möglichkeit mehr, wieder zu geordneten Verhältnissen zu kommen. Wir beteiligen uns daher an dieser Abstimmung und fordern jeden auf, seine Stimme abzugeben, um durch eine hohe Beteiligung die Studentenvertreter moralisch zu legitimieren.



SEI KEIN WAHLSCHLAPPE
GEH ZUR WAHL!

STUDIUM FORMULARE

Aus dem "studium generale" ist in der heutigen Zeit ein "studium formulare" geworden. Ein Phänomen unserer Gesellschaft. Die Bürokratie hat sich auch in den Hochschulen eingestellt!

Die Leidtragenden sind die Studenten, die ihr Studium als Computernummer durchmachen und von einer Formularflut fast erdrückt werden, die Professoren, die ihren eigentlichen Aufgaben in Forschung und Lehre kaum noch nachkommen können und auch die Hochschule selbst, da hohe finanzielle Mittel gebunden werden.

Um diese Entwicklung rückgängig zu machen fordern wir:

- Schluß mit der Verordnungsflut durch Parlamente und Regierungen. Nur noch unbedingt notwendige Regelungen.
- Behandlung von Entbürokratisierungsfragen im Organisationsausschuss.

VDS

Der RCDS-Bundesverband nimmt weitgehend Funktionen wahr, die eigentlich Aufgabe einer Vereinigten Deutschen Studentenschaft wären. Zwar gibt es einen Verein mit diesem Namen, der aber durch seine merkwürdige Zusammensetzung nicht ernst genommen werden kann.

So erstellte der RCDS z.B. eine Dokumentation zu dem Thema "Für eine Behindertengerechte Hochschule", und führte ein Expertenhearing zu diesem Problem durch. Der RCDS vermittelt bundesweit einen Studienplatztausch für ZVS-Geschädigte. Der RCDS-Hessen legte eine Dokumentation über die Leistungen und Gebühren der Studentenwerke, bei der die hessischen sehr schlecht abschnitten.

- Wir treten für eine Senkung der Semestergebühren ein.

Studienmöglichkeiten für Spätbehinderte schaffen

Spätbehinderte erleiden ihre Behinderung durch Unfall oder Krankheit meistens erst im Erwachsenenalter. Für diesen Personenkreis gibt es kaum eine Chance aufgrund der eingetretenen Behinderung noch das Recht auf freie Wahl des Berufes wahrnehmen zu können.

Hindernis an dieser Situation ist der Umstand, daß die Bundesanstalt für Arbeit unter den Umschulungsmaßnahmen ein Hochschulstudium nicht anerkennt und deshalb auch nicht finanziell unterstützt.

Nach § 27 Abs.1 der "Anordnung des Verwaltungsrates der Bundesanstalt für Arbeit über die Arbeits- und Berufsförderung Behinderteter" heißt es, daß die Höchstdauer einer Umschulungsmaßnahme auf drei Jahre festgesetzt ist. -Deshalb haben Spätbehinderte im Regelfall keine Chance als Umschulungsmaßnahme ein Hochschulstudium finanziert zu bekommen.

Aufgrund dieses gravierenden Mißstands fordert der RCDS:

Spätbehinderten muß ein Recht auf freie Wahl eines neuen Berufes gesichert werden. Der Gesetzgeber und die Bundesanstalt für Arbeit werden aufgefordert als Umschulungsmaßnahme ein Hochschulstudium zu ermöglichen, d.h. finanziell zu unterstützen.

Geschichte des RCDS

Nachdem Ende 1945 an der Universität Jena der Vorlesungsbetrieb im zerstörten Deutschland wieder aufgenommen worden war und wenig später weitere Hochschulen mit ihrer Tätigkeit begannen, organisierten sich bald die ersten studentischen Gruppen in der allgemeinen Erkenntnis, daß die aktive Teilnahme der Studenten am politischen Leben ein unabdingbares Erfordernis für das Funktionieren der nun zu schaffenden Demokratie sei.

Bereits 1946 und 1947 arbeiteten CDU-Studentengruppen in der sowjetischen Besatzungszone, wo allerdings ihre Vorstellungen von Demokratie und den in ihr bestehenden, an Freiheit von Forschung und Lehre orientierten Hochschulen bald in Widerspruch gerieten zu den Anschauungen der Machthaber in der damaligen SBZ.

Im März 1947 führte die Junge Union in Marburg eine Tagung für christlich-demokratische Studenten aus allen Teilen Deutschlands durch.

Das Ziel, einen gemeinsamen christlich-demokratischen Studentenverband zu gründen, konnte allerdings nicht erreicht werden. Zu groß waren die Meinungsverschiedenheiten der unterschiedlich strukturierten, aber auch inhaltlich verschieden ausgerichteten Gruppen.

Erst im Jahre 1951 wurde - erneut auf Initiative der JU - ein abermaliger und diesmal erfolgreicher Anlauf unternommen. Am 23. Februar wurde der "Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands" gegründet, dem sowohl christlich-demokratische Hochschulgruppen, als auch studentische Arbeitsgemeinschaften innerhalb der JU angehörten.

Im August des gleichen Jahres tagte die erste Delegiertenversammlung der neugegründeten Organisation. Man beschloß, anstelle des Namens "Bund christlich-demokratischer Studenten Deutschlands", die Bezeichnung "Ring christlich-demokratischer Studenten" zu wählen, um so klarzustellen, daß es sich hier nur um einen lockeren Zusammenschluß handelte.

Seit diesem Zeitpunkt entwickelte sich der RCDS zum heute stärksten deutschen Studentenverband. Er ist parteiunabhängig und besteht aus rund 100 autonomen Gruppen, die insgesamt 6700 Mitglieder haben. Diese Gruppen leisten Arbeit für Studenten direkt an den Hochschulen.

Verkaufe
Dackel!
Hört auf den
Namen Asta
Tel.: 763889

MENSA

Gesucht!
Gebrauchte Bleistifte, Schmierpapier zur Einsparung von Geldern für VDS-Zahlungen ASTA





Unsere Kandidaten für den Konvent

1. Franz Urban, ET
2. Rudolf Müller, W-Inf.
3. Helmut Knauthe, MB
4. Berthold Braun, Arch.
5. Lothar Kerschgenz, MB
6. Jörg Asmus, Met.
7. Markus Wandeleben, W-Inf.
8. Ulrich Kaspar, WI-MB
9. Berthold Fuld, ET
10. Helmut Hauck, WI-ET
11. Gerhard Funke, Pap.-I
12. Wolfgang Olbrich, ET
13. Annerose Heer, W-Inf.
14. Burkhardt Hess, WI-MB
15. Claus Günther Gesser, MB
16. Peter Dambier, Inf.
17. Claus Günther Kunzmann, WI-MB
18. Klaus-Jürgen Heer, MB
19. Andreas Pschera, MB
20. Hans-Martin Lichtenthäler, ET

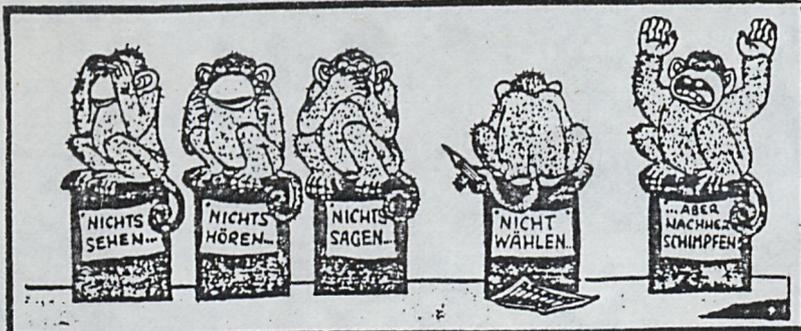
RCDS-Liste für das StuPa

1. Rudolf Müller, W-Inf.
2. Franz Urban, ET
3. Markus Wandeleben, W-Inf.
4. Gerhard Funke, Pap.-I
5. Wolfgang Olbrich, ET
6. Jörg Asmus, Met.
7. Ulrich Kaspar, WI-MB
8. Burkhardt Hess, WI-MB
9. Helmut Knauthe, MB
10. Berthold Fuld, ET
11. Claus Günther Gesser, MB
12. Annerose Heer, W-Inf.
13. Lothar Kerschgenz, MB
14. Hans-Martin Lichtenthäler, ET
15. Helmut Hauck, WI-ET
16. Peter Dambier, Inf.
17. Claus Günther Kunzmann, WI-MB
18. Klaus-Jürgen Heer, MB
19. Andreas Pschera, MB
20. Berthold Braun, Arch.

ÜBRIGENS....

Der RCDS kandidiert noch mit eigenen Listen in den Fachbereichen 1, 6, 15, 16, 18 und 19. Dadurch ist eine gute Verbindung der Arbeit in den ständigen Ausschüssen des Konvents mit den Problemen in den Fachbereichen gewährleistet.

Schluss mit der Affen - Logik!



UNSER BÜRO IST TÄGLICH VON 12.00 BIS 14.00 UHR GEÖFFNET. 25/13

Verantwortlich: Rudolf Müller, Markus Wandeleben

SINNVOLL LEBEN, KÄMPFEN UND STUDIEREN

Liste 6

STÄRKT DEN MSB SPARTAKUS!

LEBEN
EINZELN UND
FREI
WIE EIN BAUM
UND BRÜDERLICH
WIE EIN WALD
IST UNSERE
SEHNSUCHT

MSB SPARTAKUS TH-DARMSTADT

Leistungsdruck, Prüfungsdruck, Stress - das sind die Punkte, die in immer größerem Maße die Studiensituation an der TH kennzeichnen. Kein Mensa Besuch, ohne aus einer Ecke das Wort "Klausur", "Seminar oder "Kolloquium" zu hören.

Das angestrebte Konzept der Prüfung als eine Art Lernkontrolle, für die Studenten ohne nachteilige Folgen, ist doch schon längst aufgegeben worden zugunsten einer beständigen Stressanpassung. Wie sagte doch ein Prof aus der ET.: "Unsere Studenten sind stoßfest, wasserdicht und anti-magnetisch", - mit anderen Worten STRESSGEPRÜFT.

Der Grundstein dazu wird im Vordiplom gelegt. Kontinuierlich wird die Anzahl und der Umfang der Prüfungen gesteigert. Durchfallquoten zwischen 50% und 80% im Vordiplom sind die Regel. Und die Folgen?

Im Vordiplom geht es nicht mehr darum, sich Grundwissen und Grundlagen anzueignen, sondern gelernt wird unter dem Aspekt: Was muß ich bei der nächsten Prüfung können?

Gelernt wird von Prüfung zu Prüfung - das Verständnis und die Befähigung zum wissenschaftlichen Denken bleibt auf der Strecke. Stures Faktenbüffeln wird zur Regel statt zur Ausnahme.

Und trotzdem: Der Erfolg bleibt versagt, was die Durchfallquoten beweisen. Was aber sicher kommt ist der Frust, ist die Resignation. Denn zuallererst fängt man bei sich selbst an zu zweifeln, sucht man die Gründe für das "Versagen" bei sich selbst. Und das Gefühl, daß man selbst allein davon betroffen wäre trägt dazu bei die Isolierung der Studenten voneinander zu stärken, zu fördern. Und dabei übersieht man die Tatsache, daß eine Mehrheit der Studenten davon betroffen ist. Denn nicht nur nicht bestandene Klausuren fördern den Frust, sondern auch das Gefühl der Sinn und Zwecklosigkeit des Studiums.

Immer öfters bleibt der Eindruck bestehen, daß wir trotz bestandener Prüfung oder Praktikum wieder einmal nur an der Oberfläche des jeweiligen Fachs gekratzt haben. Und dieser Eindruck fördert nicht die Selbstsicherheit, sondern im Gegenteil die Unsicherheit der Studenten. Dem Idealtyp von Student, der hier gezüchtet wird, ist derjenige der Ohren und Scheuklappen anlegt und dann in Einzelkämpfermanier vorwärts stürmt. Doch bei dieser Art von Studium bleibt der Mensch, die Persönlichkeit jedes einzelnen auf der Strecke. Was herauskommt ist ein erfinderischer Zwerg.





Von solchen und ähnlichen Studienbedingungen sind an der TH vor allem die Frauen betroffen, die durch ihre spezifische Sozialisation oft Schwierigkeiten haben im Gebrauch der Ellenbogen, des Bluffs etc. Gerade in den Ing.-Fachbereichen werden sie als seltenes Gewächs regelrecht umwuchert und in ihrer Rolle diskriminiert. Von Gleichberechtigung bei Prüfungen und Praktika ganz zu schweigen. "Sie müssen sich schon jetzt daran gewöhnen, in ihrem Beruf mal mehr leisten zu müssen als ihre männlichen Kollegen", ist die zynische Meinung vieler.

Wenn wir also solche Studienbedingungen feststellen müssen wir uns doch fragen, wie wir darauf reagieren? Wollen wir den Kopf in den Sand stecken und von allem nichts hören oder wollen bzw. müssen wir uns nicht für bessere Studienbedingungen einsetzen. Müssen wir nicht anfangen den miesen Studienbedingungen unsere Vorstellung entgegenzustellen? Einige von Euch werden jetzt meinen, das hat ja doch keinen Sinn, wir können ja doch nichts erreichen.

Wir, das heißt der MSB Spartakus, sind jedoch nicht ^{nur} der Meinung daß der Kampf gegen schlechte Studienbedingungen sinnvoll und notwendig ist, sondern wir sind auch der Meinung daß es schon Erfolge gibt, auch wenn dies nicht sofort offensichtlich ist.

z. B. der Erfolg, daß die Regelstudienzeit trotz mehrmaliger Ankündigung nicht eingeführt worden ist. Oder daß es nach langem Kampf gelungen ist die Zwangsexmatrikulation aus dem HRG zu streichen.

Aber es gibt noch viel zu viele ungelöste Probleme, z. B. müssen wir dafür eintreten das zu große Übungsgruppen abgebaut und die Anzahl der Praktikas ausgebaut wird.

Wir möchten an dieser Stelle auf den fünften Tätigkeitsbericht der Psychotherapeutischen Beratungsstelle des Studentenwerks Darmstadt (Zeitraum 77-79) den man provozierend wohl so zusammenfassen kann: HRG macht krank - die Studienbedingungen machen immer kränker

Wir halten folgende Forderungen für angemessen und einlösbar:

- Die objektiv leistungshemmenden Klausuren und Prüfungen, die nur eingepacktes Faktenwissen kontrollieren und als Selektions- und Disziplinierungsmittel dienen, müssen abgeschafft werden. Sie durch Prüfungsformen zu ersetzen, die auf selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten orientiert sind.
- Zwischenprüfungen und Klausuren müssen durch studienbegleitende Wissenskontrolle ersetzt werden, die Lehrende und Lernende in die Lage versetzen Lernerfolge zu überprüfen.
- Kollektive Arbeitsweisen sind zu fördern, deshalb müssen kollektive Arbeiten bei Prüfungen anerkannt werden.



Wenn wir das schon erreicht hätten, hätten wir schon fast eine neue Uni.

Das Wichtigste ist nun, allen Kommilitonen klarzumachen, daß es möglich ist, diese positiven Reformen zu erkämpfen. Nicht "Anspruchsdenken abbauen", sondern Ansprüche anmelden. Nicht "Entkopplung von Qualifikation und Arbeitsmarkt", sondern ein unserer Qualifikation entsprechender Arbeitsplatz zum Wohle der Menschheit.

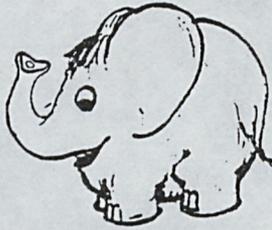
Wir müssen Diskussionen führen und Aktionen machen, Forderungen erheben und Vorschläge erarbeiten (Boycott von Klausuren, Streik, Go-In).

Die Studentenbewegung in diesem Land ist eine der Hauptstützen der außerparlamentarischen Opposition, und sie ist es, weil sie gelernt hat auf allen Ebenen sich um eine einheitliche Position zu bemühen, von der Verfassten Studentenschaft am Fachbereich bis zur VDS (Vereinigte Deutsche Studentenschaft). Und weil die Studenten in ihrer Mehrheit links wählen und oft sogar handeln, bestimmen sie das politische Klima in diesem Land positiv mit, weshalb sich das kämpfen für die eigenen Interessen am Fachbereich und an der Hochschule etc. auf jeden Fall lohnt.

Und daß die Studentenbewegung lebt (in Darmstadt immerhin vom Röchel-Stadium zum Normal-Atmen, jedoch noch ohne "Bewegung") und links lebt, liegt zum Großteil an der Existenz und Arbeit eines Marxistischen Studentenbundes, dem MSB Spartakus, und dem Bündnis mit Sozialdemokraten, dem SHB.

Das sind die Gründe, warum wir, der MSB Spartakus, den Schwerpunkt unserer Arbeit am Fachbereich und im Studentenparlament, dem Stupa, sehen. Dort setzen wir uns für eine aktive Interessensvertretung ein, mit dem Ziel ein sinnvolles Studium möglich zu machen.

DESHALB GEMEINSAM MIT DEM MSB SPARTAKUS
UND JEDE STIMME FÜR DEN MSB SPARTAKUS!



BASISGRUPPEN

27

Mit diesem Beitrag wollen die Basisgruppen versuchen, ihre hochschulpolitischen Forderungen im Rahmen ihrer allgemeinpolitischen Vorstellungen darzustellen. Denn unsere Arbeit an der Hochschule ist nur zusehen, als ein Schritt bei der Verfolgung des Ziels, daß nicht nur Veränderung der Hochschule, sondern notwendigerweise Veränderung der Gesellschaft heißt. Wenn wir also als Liste "Basisgruppen an der THD" zur Stupa-Wahl antreten, um dieses Organ zu nutzen, unsere Ideen studentischer Hochschulpolitik durchzusetzen, müssen wir zunächst diesen allgemeinpolitischen Rahmen darstellen:

Unserer Meinung nach ist den zahlreichen Widersprüchen, die wir in der Realität unserer Gesellschaft vorfinden, und diese Widersprüche reichen von Unterdrückung Andersdenkender bis hin zur Vergiftung unserer Umwelt durch Industrie und Verkehr, eine Ursache gemeinsam. Diese Ursache wollen wir hier kurz mit dem Satz: "Macht von Menschen über Menschen" bezeichnen. Solange Einzelindividuen oder Gruppen Macht über andere Individuen oder Gruppen haben, solange wird keiner der heutigen Widersprüche wirklich gelöst werden können. Solange die einen die Produktionsmittel besitzen und auf die anderen durch die Ausbeutung deren Arbeitskraft Macht ausüben können, solange wird es weder eine Güterverteilung geben, die sich nach den Bedürfnissen der Menschen richtet, noch eine von jedem kontrollierbare, ökologische Kriterien berücksichtigende Produktion. Solange es wenige gibt, die Häuser besitzen, und viele, die Wohnungen suchen, von diesen wenigen abhängig sind, solange wird der allen Menschen zustehende Wohnraum ungleich verteilt sein. Solange es wenige gibt, die darüber bestimmen, wieviel und welches Wissen man/frau haben darf, um "sinnvoll" in den Produktionsprozess eingegliedert werden zu können, solange wird sich auch an unserer Situation als Student nichts wesentlich ändern.

Als Ziel formuliert heißt das, daß es nichts mehr geben darf, was Menschen Macht über andere Menschen gibt, und, wie aus obigen Beispielen deutlich geworden ist, daß es insbesondere keinen Besitz mehr geben darf, der als Machtinstrument mißbraucht werden kann.

LISTE 7

Es darf keinen Haus- und Grundbesitz mehr geben, mit dem Randgruppen der Gesellschaft an der Ausübung ihres Rechts auf Wohnung gehindert werden können. Es darf keinen Besitz an Produktionsmitteln mehr geben, der dazu führt, daß Produktion nur nach Wachstum und Profit ausgerichtet wird und Kriterien wie "Verantwortung für die Zukunft" überhaupt nicht kennt, keinen Besitz an Wissen, der



andere daran hindert, das gleiche Wissen zu erwerben um damit vielleicht eigene, kritische Vorstellungen zu entwickeln. Aus der Ablehnung von Machtausübung über andere Menschen folgt letztendlich die Ablehnung autoritärer, hierarchisch gegliederter, zentraler Staatsformen und Organisationen, die Ablehnung jeglicher Form von Diktatur. Denn jede Diktatur baut selbstverständlich auf Machtausübung auf, und ist nur solange stabil, solange dieses System der Gewalt über andere von oben bis unten konsequent durchgehalten wird, d.h., wenn jeder das Gefühl hat, noch jemand unter sich zu haben.

Unsere Vorstellungen von der Organisation menschlichen Zusammenlebens lassen sich dem Prinzip der freiwilligen Übereinkunft und dem Stichwort Basisdemokratie umreißen. Das setzt voraus, daß wir lernen müssen, sowohl in Übereinstimmung miteinander, als auch im Einklang mit unserer Umwelt zu leben. D.h., wir müssen alle unsere Möglichkeiten nutzen, um unsere Bedürfnisse nach Nahrung, Wärme, Licht und Mobilität weitestgehend aus regenerierbaren Rohstoffen und Energiequellen zu decken. Wir müssen aber auch unsere Kriterien für Dinge wie "Wert eines Menschen", "Wert des Lebens", und heute so Selbstverständliches wie "Trennung von Arbeit und Freizeit, Hand- und Kopfarbeit, Arbeit und Verantwortung" völlig neu zu überdenken. Nicht mehr Verdienst und damit verbundenes Sozialprestige dürfen Richtschnur menschlichen Handelns sein, sondern Fragen wie Selbstbestimmung der Arbeit und Befriedigung durch die Arbeit.

Es ist uns natürlich allen klar, daß diese Ziele viel zu weit gerichtet sind, als daß sie von uns als Basisgruppen erreicht werden können. Doch abgesehen davon, daß wir z.B. gerade die im letzten Absatz genannten Forderungen durch unsere eigene Arbeit in der studentischen Interessenvertretung praktizieren, wollen wir versuchen, all die Schritte zu tun, die wir an der Hochschule tun können, um diesen Zielen ein Stück näher zu kommen.



Was halten die BGs vom Studium

Studium stellen wir uns grundlegend anders vor. Studienreform, wie sie der Staat betreibt, der das Studium den unmittelbaren Verwertungsinteressen der Wirtschaft unterordnen will, lehnen wir ab. Ziel einer Reform muß ein Studium sein, das Studenten zu kritischen, parteilichen Wissenschaftlern ausbildet, die ihre Arbeit im Interesse der Gesellschaft, orientiert an ihren Bedürfnissen ausführen.

Deshalb fordern wir:

- Entgegen der gängigen Praxis müssen die Inhalte des Studiums von den Studienzielen her definiert und festgelegt werden.
- Daraus leitet sich die Dauer und der Aufbau des Studiums ab. Theoretische Grundlagen müssen dort gebracht werden, wo sie für die praktische Anwendung erforderlich sind. Daraus folgt, daß eine Trennung in Grund- und Hauptstudium unbegründet ist, und von daher aufzuheben ist.
- Das Vordiplom stellt in diesem Zusammenhang nur ein Selektionsinstrument dar und wird abgelehnt.
- Die durch das Studium zu vermittelnde Qualifikation darf nicht nur fachlich sein, sondern muß den Studenten insbesondere befähigen, seine Arbeit gesellschaftlich verantwortlich auszuführen; das bedeutet eine Befähigung zur Wahrnehmung sozialer, ökologischer und ökonomischer Zusammenhänge und die Einbeziehung der Folgen in die eigene Arbeit.

Das geht nur, wenn ...

- ... es Orientierungseinheiten gibt, die die unterschiedlichen Bedingungen, mit denen Studienanfänger an die Hochschule kommen, berücksichtigen. Dazu gehört:
 1. Informationen über Inhalt und Ablauf des gewählten Studiums und Bildung eines kritischen Bewußtseins für Fehler, Schwächen und Defizite des Studiengangs.
 2. Darstellung des Berufsbildes, Erzeugung eines Bewußtseins für die beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen der späteren Tätigkeit.

Anhand dieser Informationen müssen die Studienanfänger in der Lage sein, ihre Studienfachwahl kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls revidieren zu können.

3. Kritische Reflexion der an der Hochschule existierenden Lehr- und Lernformen und Diskussion möglicher Alternativen.

4. Bewußtwerden der eigenen Situation als Student und der Stellung in Hochschule und Gesellschaft.



Orientierungseinheiten dienen nicht dem reibungslosen Durchschleusen von Studenten durch eine Lernfabrik - im Gegenteil! Deshalb fordern wir, die Orientierungseinheiten in alle Studiengänge zu integrieren. Dort, wo die Fachbereiche mauern, muß die Studentenschaft durch Unterstützung studentischer Initiativen sowohl materiell als auch politisch eine Durchführung von Orientierungseinheiten sicherstellen.

BASIS GRUPPE

- der fachübergreifende gesellschaftliche Wahlpflichtbereich umgestaltet wird. Die in den Studienzielen geforderte Einsicht in Zusammenhänge und Abhängigkeiten einer Fachdisziplin mit der Gesellschaft lassen sich nicht durch betriebswirtschaftliche Vorlesungen erreichen. Wir fordern daher:
 1. Veranstaltungen zum Themenbereich Verantwortung des Wissenschaftlers, Wissenschaftskritik und -theorie.
 2. Veranstaltungen nicht nur für Studenten einer Fachrichtung (Ghetto), sondern interdisziplinär angelegt.
- Projekte großzügig in alle Studiengänge eingeführt werden. Das bedeutet, daß die Auftrennung zwischen Theorie, die man "lernen" muß, und der Praxis aufgehoben wird. Mit Projekten sind sowohl fachbezogene gemeint, wie sie an der Uni Bremen schon erfolgreich durchgeführt werden, als auch interdisziplinäre, die die Zusammenarbeit zwischen den Disziplinen fördern soll. Hierbei sollen die Beteiligten lernen (erfahren), wie "objektive Daten" in den anderen Disziplinen interpretiert werden, wie die anderen ein Problem angehen, kurz, über den eigenen Bretterzaun in den Garten der Nachbarwissenschaft zu blicken und die Probleme im Ganzen zu sehen.

Zum Schluß noch etwas zu den Prüfungen. In den letzten Jahren wurde das Studium immer stärker verschult, nicht zuletzt durch die Einführung immer neuer Prüfungen. Dies stellt wohl einen untauglichen Versuch dar, mit den steigenden Studentenzahlen fertig zu werden. Prüfungen werden so zum Selektionsinstrument, das die Studenten diszipliniert und den Konkurrenzdruck unter ihnen erhöht. Fachliche Qualifikation wird auf die Reproduktion von Fakten reduziert, was der Student durch Auswendiglernen bewältigen kann. Andere negative Qualitäten wie das Funktionieren unter Stress, Anpassung an Prüfer (Vorgesetzten) werden unbewußt mitgeprüft, gehen aber meist nicht in die Note mit ein.

Um kurzfristig Abhilfe zu schaffen, stellen wir folgende Forderungen:

- Prüfungen müssen transparenter gestaltet werden, d.h. Gegenstand aber auch Bewert-

ungskriterien müssen vom Prüfer offengelegt werden.

- Prüfungen sind öffentlich, sofern der Bewerber es nicht ablehnt.
- Bewertung von Faktenwissen muß zugunsten anderer Qualifikationen, wie Zusammenarbeit, Darstellung und Vermittlung von Sachverhalten, Entwicklung von Lösungsstrategien abgebaut werden.
- Prüfungen muß der Ausnahmecharakter genommen werden, d.h. Prüfungen können beliebig wiederholt werden, Prüfungen werden als Gruppenprüfung gemeinsam durchgeführt.

Langfristig müssen Prüfungen ganz abgeschafft werden. Ziel: Am Ende seines Studiums fertigt man/frau eine Arbeit in der Praxis selbstständig an, die in einem Vortrag vorgestellt wird und in einem anschließenden Streitgespräch verteidigt wird (Disputation). Letztendlich muß der Student sein Studium vollständig selbst organisieren, d.h. der Student bestimmt selbst die Qualifikation die er erreichen will und bestimmt danach auch die Art und Weise seines Studiums.



BRANDAKTUELL

Vorstellungen der BASISGRUPPE:

- 1.) Einleitung
- 2.) Was halten die Basisgruppen vom Studium?
 - BAFög
 - HRG
 - vds
- 3.) Ökologie und Politik
 - Repression
 - Verkehr
 - Wohnen
- 4.) Wie sehen wir die internationale Lage?
- 5.) Unsere Kandidaten

Ab 1. Juli überall erhältlich!

Es ist uns natürlich allen klar, daß diese Ziele viel zu weit gerichtet sind, als daß sie von uns als Basisgruppen erreicht werden können. Doch abgesehen davon, daß wir z.B. gerade die im letzten Absatz genannten Forderungen durch unsere eigene Arbeit in der studentischen Interessenvertretung praktizieren, wollen wir versuchen, all die Schritte zu tun, die wir an der Hochschule tun können, um diesen Zielen ein Stück näher zu kommen.

Das geht nur, wenn...

- ... es Orientierungseinheiten gibt, die die unterschiedlichen Bedingungen, mit denen Studienanfänger an die Hochschule kommen, berücksichtigen. Dazu gehört:
 1. Informationen über Inhalt und Ablauf des gewählten Studiums und Bildung eines kritischen Bewußtseins für Fehler, Schwächen und Defizite des Studiengangs.
 2. Darstellung des Berufsbildes, Erzeugung eines Bewußtseins für die beruflichen und gesellschaftlichen Anforderungen der späteren Tätigkeit.

Anhand dieser Informationen müssen die Studienanfänger in der Lage sein, ihre Studienfachwahl kritisch zu überprüfen und gegebenenfalls revidieren zu können.

3. Kritische Reflexion der an der Hochschule existierenden Lehr- und Lernformen und Diskussion möglicher Alternativen.

4. Bewußtwerden der eigenen Situation als Student und der Stellung in Hochschule und Gesellschaft.



Was halten die BGs vom Studium

Studium stellen wir uns grundlegend anders vor. Studienreform, wie sie der Staat betreibt, der das Studium den unmittelbaren Verwertungsinteressen der Wirtschaft unterordnen will, lehnen wir ab. Ziel einer Reform muß ein Studium sein, das Studenten zu kritischen, parteilichen Wissenschaftlern ausbildet, die ihre Arbeit im Interesse der Gesellschaft, orientiert an ihren Bedürfnissen ausführen.

- Deshalb fordern wir:
 - Entgegen der gängigen Praxis müssen die Inhalte des Studiums von den Studienzielen her definiert und festgelegt werden.
 - Daraus leitet sich die Dauer und der Aufbau des Studiums ab. Theoretische Grundlagen müssen dort gebracht werden, wo sie für die praktische Anwendung erforderlich sind. Daraus folgt, daß eine Trennung in Grund- und Hauptstudium unbegründet ist, und von daher aufzuheben ist.
 - Das Vordiplom stellt in diesem Zusammenhang nur ein Selektionsinstrument dar und wird abgelehnt.
 - Die durch das Studium zu vermittelnde Qualifikation darf nicht nur fachlich sein, sondern muß den Studenten insbesondere befähigen, seine Arbeit gesellschaftlich verantwortlich auszuführen; das bedeutet eine Befähigung zur Wahrnehmung sozialer, ökologischer und ökonomischer Zusammenhänge und die Einbeziehung der Folgen in die eigene Arbeit.



Orientierungseinheiten dienen nicht dem reibungslosen Durchschleusen von Studenten durch eine Lernfabrik - im Gegenteil! Deshalb fordern wir, die Orientierungseinheiten in alle Studiengänge zu integrieren. Dort, wo die Fachbereiche mauern, muß die Studentenschaft durch Unterstützung studentischer Initiativen sowohl materiell als auch politisch eine Durchführung von Orientierungseinheiten sicherstellen.

BASIS GRUPPE

Prahlwogramm.

Grießmann hat jetzt zugegeben - schreibt Schneider an Bayersdorf -, daß, je mehr er sich damit befasse, er umso weniger davon verstehe, und umso weniger er davon verstehe, desto mehr befasse er sich damit

Als er, Grießmann, diese seine Lage, schreibt Schneider an Bayersdorf, auf einer Tagung des studentischen Parlaments für aufstrebende parlamentarische Nachwuchskräfte in einem Hörsaal des alten Hauptgebäudes der Technischen Hochschule in Darmstadt vor eben diesen aufstrebenden parlamentarischen Nachwuchskräften geäußert habe, da sei nicht nur heftiges Geschrei und Gekeife zu hören gewesen, sondern die beiden Splitterpartiefunktionäre Schuster und Ullbrich, vor kurzem ebenfalls weniger wegen restloser politischer Heilung als vielmehr wegen ebensolcher Sitzfestigkeit und guter revolutionärer Führung in das Studentenparlament entlassen und wie immer in den hinteren Bänken sich konträr gegenüberstehend, hätten heftigst und mit beiden Armen fuchtelnd Geschäftsordnungsanträge verlesen.

Und Grießmann habe daraufhin, schreibt Schneider an Bayersdorf, nochmals zu erklären sich bemüßigt gefühlt, daß, je mehr er sich damit befasse, er umso weniger davon verstehe, und umso weniger er davon verstehe, desto mehr befasse er sich damit, weil nämlich alles ein und dieselbe Geschichte sei, und umgekehrt.

Da sei aber, schreibt Schneider an Bayersdorf, nicht nur heftigstes Geschrei & Gekeife zu hören gewesen, sondern der bekannte Studentenbeschwichtiger Khorst, wie immer im Kreis seiner Ergebenen vorn links in der ersten Reihe sitzend, sei aufgesprungen und habe ganz aufgebracht gerufen ob er, Grießmann, denn dabei nicht jedwede politische Differenzierung vergessen würde - darauf Schuster und Ullbrich, sogar im Chor: "Vergessen würde!" -, und warum er dann überhaupt in diese Versammlung gekommen sei (darauf Schuster und Ullbrich wieder gemeinsam gegeneinander: "Gekommen sei!"), wenn es ihm, Grießmann, nicht klar sei, daß die Anwendung gewisser Notstandsgesetze, Kontaktsperregesetze und Hochschulrahmengesetze seitens gewisser SPD-Bürokraten in der Jetzt-Zeit etwas personell verschiedenes sei im Vergleich zur gleichen Anwendung der gleichen Gesetze seitens CDU-Technokraten in der Folgezeit - daraufhin Schuster und Ullbrich wiederum im Chor: "In der revolutionären Folgezeit! In der revolutionären Folgezeit!".

Und er, Grießmann, schreibt Schneider an Bayersdorf, habe sich daraufhin nochmals bemüßigt gefühlt, vor jener Versammlung aufstrebender parlamentarischer Nachwuchskräfte aus, wie er sagt, aus philosophisch-soziologisch-politischen und gleichzeitig musischen Gründen, um dabei keinem Geschmack Vorschub zuleisten, nochmals darzulegen, daß, je mehr er sich damit befasse, er umso weniger davon verstehe, und umso weniger er davon verstehe, desto mehr befasse er sich damit.

Als er, Grießmann, diese seine Lage auf jener Tagung für aufstrebende parlamentarische Nachwuchskräfte in einem Hörsaal des alten Hauptgebäudes der Technischen Hochschule eben diesen Nachwuchskräften eindringlich und in direkter Rede geschildert und danach seinen Kopf gehoben habe, da habe er, schreibt Schneider an Bayersdorf, nicht nur einen weiterhin unentwegt

schreienden und keifenden Versammlungsort vorgefunden, sondern, auch zwei gleichzeitig und gegeneinander unvertrutzt Resolutionen verlesende Genossen Schuster und Ullbrich, die nun plötzlich ausgesehen hätten wie zwei Funktionäre, die sich zwar noch mit nichts befaßt, dafür aber alles verstanden - hätten...

Schreibrecht Wilfried H.

Wir erlauben uns an dieser Stelle daraufhinzuweisen, daß wir darauf hinweisen, daß unser sogenanntes "Wahlprogramm" für den Konvent nicht mit dem Hinweis auf unser "Prah-wo-gramm?" für das Stupa identifiziert, das heißt "abgeschrieben wird", in jedem Sinn dieses Wortes - nein, das Konventsprogramm muß eigenständig sein, denn die Wahlen zum Konvent sind, und nur darauf mögen wir hier hinweisen, noch von weitaus größerer Absurdität geprägt als die zu anderen Gremien.

Ansonsten unterstützen wir im Konvent bei Abstimmungen die Sprüche der anderen studentischen Fraktionen, so weit diese uns echt-anarcho-sponaneistisch-progressiv-sozialistisch vorkommen...

"Das ist Papier, aber es macht nichts."

(Bertolt Brecht, "Baal")

Der Konvent ist dieses Jahr nur deshalb wichtig, weil jährlich ein neuer Vize-Präses gewählt werden - muß!, und es finden sich kaum Kandidaten, denn das bringt bloß 300 Eier im Monat. Dabei kennen wir genug arbeitslose Kumpel mit Hochschulabschluß (ist Pflicht), die Bock auf den Job hätten, den der ist echt cool, aufwandsmäßig. Der Hit bei dieser Konvents-Kiste ist jetzt der, daß sich zwei Genossen echt ha'm breitschlagen lassen, dort hinzugehen und unsren Wahlvorschlag zu unterbreiten. vielleicht kann man die scene dort auch lustvoll umfunktionieren, so wie bei der Osttangentenkiste neulich, dazu wär's aber total irre, wenn mehr von uns dann "in" sind, der Werner war als Solist immer echt top-frustriert, und der Reinhold hat auch schon so'n total beschissenes feeling. Also wenn ihr schon, dann gell?, obwohl wir echt keinen Wahlkampf machen, das ist klar abge checkt.